

Zürich

Tages-Anzeiger vom 26.09.2005

Umdenken bei der Weiterbildung

Die Schweizer sind kein Volk der lebenslangen Lerner. Das möchte der Kantonsrat ändern. Er verlangt finanzielle Anreize für jene, die in die Weiterbildung investieren wollen.

Von Daniel Schneebeili

Zürich. - Im Grunde waren sich gestern Montag im Kantonsrat alle einig: Weiterbildung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, verhilft den Betrieben zu motivierteren und produktiveren Mitarbeitern und fördert den Wohlstand der ganzen Gesellschaft. Dennoch stritt der Kantonsrat darüber, ob der Regierungsrat in einem Bericht darlegen soll, wie Firmen und auch Einzelpersonen motiviert werden könnten, in die Weiterbildung zu investieren. Widerstand leistete die bürgerliche Ratsseite mit FDP und SVP. Sie fürchtete vor allem die Kosten, die das SP-Postulat verursachen könnte.

Postulantin Jacqueline Gübeli (SP, Horgen) führte eine OECD-Studie aus dem Jahr 2003 ins Feld. Diese zeigt auf, dass in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Staaten - vor allem aus Nordeuropa - wenig in diesen Bereich der Bildung investiert wird, dass sich Schweizerinnen und Schweizer unterdurchschnittlich häufig fortbilden und dass es vor allem nur die ohnehin schon gut Qualifizierten tun. Darum - so Gübeli - seien ein Umdenken bei der Weiterbildung und finanzielle Anreize für Weiterbildungswillige nötig.

Appelle an die Eigenverantwortung

Der Regierungsrat wollte das Postulat entgegennehmen, doch Robert Marty (FDP, Affoltern am Albis) wehrte sich: Das sei nicht nötig. Für ihn ist die Weiterbildung Sache jedes Einzelnen. Der Staat müsse sich auf die Grundausbildung konzentrieren. Das Geld sei zu knapp, um auch noch gross in die Weiterbildung zu investieren. Marty ist darüber hinaus der Ansicht, der Kanton müsse seine Weiterbildungsangebote überprüfen und zu Marktpreisen anbieten. Die Subventionierung von Fortbildungskursen führe zu Marktverzerrungen. Marty hat zusammen mit seinen Fraktionskolleginnen Anita Simioni (Andelfingen) und Brigitta Johner (Urdorf) bereits einen parlamentarischen Vorstoss zum Thema eingereicht.

Gestern wurde Marty von der SVP unterstützt. «Von der Weiterbildung profitiert jeder Einzelne, also soll er sie selber zahlen», sagte Samuel Ramseyer (Niederglatt). Und Willy Haderer wies staatliche Eingriffe in die Weiterbildung ab: «Das Knowhow, was gelernt werden soll, liegt in den Betrieben und den Berufsverbänden, wir brauchen nicht mehr Bürokratie», sagte der Druckerei-Unternehmer aus Unterengstringen. Mit den Stimmen von EVP, CVP, Grünen und SP überwies der Rat das Postulat dennoch (77:71).

Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) betonte, der Kanton werde mit dem neuen Berufsbildungsgesetz verpflichtet, die berufliche Weiterbildung zu fördern. Sie zeigte sich auch überzeugt, dass dieses Gebiet der Bildung nicht den Privaten überlassen werden könne ohne flankierende Massnahmen - Gübeli nennt in ihrer Postulatsbegründung staatlich finanzierte Bildungsgutscheine, Bildungsurlaube oder

individuelle Weiterbildungskonten. Vor allem für Klein- und Mittelbetriebe sei es oft schwierig, die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu fördern, sagte Aeppli.

Sie sprach sich aber auch dafür aus, das staatlich subventionierte Weiterbildungsangebot unter die Lupe zu nehmen. «Einen Kurs mit dem Titel ‹Wie lege ich mein Geld an?› oder Kurse in exotischen Fremdsprachen muss der Kanton gewiss nicht unterstützen», sagte Aeppli.